



IBERO-ANALYSEN

Dokumente, Berichte und Analysen
aus dem Ibero-Amerikanischen Institut
Preußischer Kulturbesitz
Berlin

Heft 24

Mai 2012

Vor den Wahlen in Mexiko: Rückkehr der PRI an die Macht?

Rocío Bravo Salazar



**Ibero-Amerikanisches
Institut**
Preußischer Kulturbesitz

This work is licensed under the Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland License. To view a copy of this license, visit <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>.

The online version of this work can be found at:
<www.iai.spk-berlin.de/publikationen/ibero-analysen.html>



Rocío Bravo Salazar hat am *Centro de Investigación y Docencia Económicas* in Mexiko Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen studiert. Sie absolviert gegenwärtig einen Master in Politikwissenschaft an der FU Berlin. Im Frühjahr 2012 hat sie ein Praktikum in der Forschungsabteilung des Ibero-Amerikanischen Instituts absolviert. E-Mail: rbravo@gmx.com



**Ibero-Amerikanisches
Institut**
Preußischer Kulturbesitz

Das Ibero-Amerikanische Institut (IAI) ist ein Disziplinen übergreifend konzipiertes Zentrum der wissenschaftlichen Arbeit sowie des akademischen und kulturellen Austauschs mit Lateinamerika, Spanien und Portugal. Es beherbergt die größte europäische Spezialbibliothek für den ibero-amerikanischen Kulturraum, zugleich die drittgrößte auf diesen Bereich spezialisierte Bibliothek weltweit. Gleichzeitig erfüllt das IAI eine Funktion als Stätte der außeruniversitären wissenschaftlichen Forschung sowie als Forum des Dialogs zwischen Deutschland, Europa und Ibero-Amerika.

Die **IBERO-ANALYSEN** richten sich in erster Linie an Entscheidungsträger aus Politik, Kultur und Wirtschaft. Sie greifen themenorientierte und länderbezogene Fragestellungen auf und liefern aktualitätsbezogene, aber über den tagespolitischen Horizont hinausreichende Informationen zu Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur der Länder Ibero-Amerikas. Ausgewiesene Fachwissenschaftler bieten in den **IBERO-ANALYSEN** Orientierungswissen in allgemeinverständlicher Form, das den interkulturellen Dialog zwischen Deutschland und dem ibero-amerikanischen Kulturraum anregen und unterstützen soll.

Das Ibero-Amerikanische Institut bemüht sich, in seinen Publikationen vielfältige Meinungen zu Wort kommen zu lassen. Diese stellen jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des IAI dar. Die **IBERO-ANALYSEN** sind für den persönlichen Gebrauch bestimmt. Nachdruck nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des IAI und mit vollständiger Quellenangabe. Die **IBERO-ANALYSEN** können über die Homepage des IAI im PDF-Format heruntergeladen werden: (<http://www.ibero-analysen.de>).

Redaktion

Dr. Peter Birle
Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz
Forschungsabteilung
Potsdamer Straße 37
10785 Berlin
Telefon: 030 – 266 45 3000
Telefax: 030 – 266 35 1550
e-mail: birle@iai.spk-berlin.de
<http://www.iai.spk-berlin.de>

1. Auflage 2012

© Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz, Potsdamer Straße 37,
10785 Berlin

ISBN 978-3-935656-46-7

Vor den Wahlen in Mexiko: Rückkehr der PRI an die Macht?

Rocío Bravo Salazar

2012 ist ein besonderes Jahr für Mexiko. Die bevorstehenden Wahlen werden die Zukunft des Landes entscheidend beeinflussen. Am 1. Juli wird nicht nur ein neuer Präsident gewählt, sondern auch die Zusammensetzung des Parlaments (300 Abgeordnete und 128 Senatoren) steht zur Disposition. Auf Länderebene werden zudem 6 Gouverneure und 13 regionale Parlamente sowie fast 400 Bürgermeister gewählt. Für manche bedeutet diese Wahl die Möglichkeit, eine entscheidende Veränderung des bis jetzt verfolgten Regierungsstils herbeizuführen. Andere erhoffen sich dessen Bestätigung.

Eine akute Sicherheitskrise, wie sie das Land seit der Zeit der Revolution nicht erlebt hat, bestimmt das Szenario dieser Wahlen. Die Unsicherheit und die um sich greifende Angst haben zu einer Verschlechterung der Lebensqualität geführt. Die organisierte Kriminalität scheint in manchen Regionen und Städten die Kontrolle übernommen zu haben, ohne dass die Regierung effektive Maßnahmen dagegen unternehmen könnte.

Diese Situation findet ihren Niederschlag auch in den bislang durchgeführten Meinungsumfragen: Enrique Peña Nieto, der Kandidat der PRI (*Partido Revolucionario Institucional*), derjenigen Partei, die das alte Regime verkörpert, liegt an der Spitze der Umfragen mit einem durchschnittlichen Vorsprung von 13 Prozentpunkten gegenüber Josefina Vázquez Mota, Kandidatin der seit dem Jahr 2000 regierenden PAN (*Partido Acción Nacional*), und 17 Punkte vor Andrés Manuel López Obrador, dem Kandidaten der Linken. Eine Rückkehr

der PRI an die Macht scheint bevorzugen zu werden. Ein derartiges Szenario kann man als Konsequenz der Enttäuschung der mexikanischen Bevölkerung im Hinblick auf den von der PAN versprochenen Wandel interpretieren.

In den Wochen bis zur Präsidentschaftswahl kann natürlich noch Vieles geschehen. Aber die Tatsache, dass zum dritten Mal in Folge kompetitive Wahlen abgehalten werden, zeigt auch, dass in Mexiko eine Konsolidierung demokratischer Strukturen stattfindet.

Der vorliegende Text stellt die wichtigsten Präsidentschaftskandidaten und ihre programmatischen Schwerpunkte vor und zeigt auf, welche Perspektiven sich nach den Wahlen abzeichnen könnten.

Zurück zum alten Regime? Ein Dinosaurier mit jungem Gesicht

Seit der mexikanischen Revolution befand sich das Land nicht in einer derartig von Gewalt geprägten Situation wie heute. Die oft genannte Zahl von 50.000 Todesopfern infolge des von Präsident Calderón deklarierten „Krieges gegen den Drogenhandel“ zeigt nur die Spitze eines Gewaltprozesses, den das Land durchlebt.

Die Kritiker des „Krieges gegen den Drogenhandel“ machen Calderón für die unzähligen Opfer und die heutige Lage verantwortlich. Der Präsident und sein Kabinett verteidigen demgegenüber die eingeschlagene Strategie mit dem Argument, das Land sei unter der bis 1999 regierenden PRI so korrupt geworden, dass nach der Machtübernahme Calderóns keine andere Lösung

Eine akute Sicherheitskrise, wie sie das Land seit der Zeit der Revolution nicht erlebt hat, bestimmt das Szenario dieser Wahlen. Die Unsicherheit und die um sich greifende Angst haben zu einer Verschlechterung der Lebensqualität geführt.

Mit dem Regierungswechsel von 2000 verbanden viele Mexikaner die Hoffnung auf eine neue demokratische Kultur. Leider hat die PAN-Regierung die Chance, die sich durch diesen Wechsel ergab, nicht konsequent genutzt.

als diese aggressive Strategie möglich gewesen sei.

Die Umsetzung dieser Strategie begann bereits eine Woche nach der Machtübernahme durch Calderón am 1. Dezember 2006. Eine der ersten Maßnahmen seiner Regierung bestand darin, 10.000 Soldaten in den Bundesstaat Michoacán zu entsenden, um zehn Bürgermeister zu verhaften, ohne vorher den Gouverneur von Michoacán informiert zu haben. Ob diese Aktion der erste Schritt einer durchdachten Strategie im Kampf gegen die organisierte Kriminalität war – wobei das Thema im Wahlkampf kaum eine Rolle gespielt hatte – oder ob dadurch lediglich von den massiven Protesten abgelenkt werden sollte, zu denen es wegen des knappen Wahlausgangs und des Vorwurfs der Wahlfälschung gekommen war, ist bis heute umstritten.

Die Geschichte der Demokratie in Mexiko ist kurz. Das Land erlebte 70 Jahre lang, was der italienische Politikwissenschaftler Giovanni Sartori als ein "pragmatisches hegemoniales Parteiensystem" beschrieben hat. Der peruanische Schriftsteller Mario Vargas Llosa sprach von einer „perfekten Diktatur“. In diesem System existierten zwar die institutionellen Voraussetzungen für ein demokratisches Regime, aber de facto fand in 70 Jahren kein einziger Machtwechsel auf der nationalen Ebene statt. Die PRI schuf sich in der Bevölkerung eine stabile Basis, die aus großen Teilen der Landbevölkerung, Arbeitern und einem Netz von lokalen Machthabern (Kaziken) bestand. Im Rahmen eines komplexen und über weite Phasen relativ gut funktionierenden Systems gelang es der Regierungspartei so, jeden grundlegenden politischen Wandel im Land zu verhindern.

Dieses System fand im Jahr 2000 infolge des Drucks durch verschiedene externe und interne Faktoren ein Ende.

Für die Mexikaner wurden die Wahlen des Jahres 2000 zum Symbol für den ersten Schritt zu einer funktionierenden Demokratie. Nach mehr als 70 Jahren endete die autoritäre Macht der PRI und damit wurden auch viele Elemente des alten Regimes zu Grabe getragen. Die monolithische Situation des Landes löste sich langsam auf. Die Macht der Zentralregierung schwand. Die Bundesstaaten konnten ihre laut Verfassung vorgesehene Autonomie weitgehend unbehelligt ausüben.

Angesichts der Geschichte des Landes und der Rolle, welche die PRI darin gespielt hat, könnte deren Rückkehr an die Regierung als Rückschritt des Demokratisierungsprozesses bewertet werden. Eine solche Entwicklung zeichnete sich aber bereits ab, als die PRI bei den Gouverneurswahlen 2009 fünf von sechs gewählten Gouverneuren stellte. Eine Erklärung für die Wahlerfolge der PRI liefert vor allem die mäßige Erfolgsbilanz der inzwischen seit mehr als elf Jahren regierenden PAN.

Mit dem Regierungswechsel von 2000 verbanden viele Mexikaner die Hoffnung auf eine neue demokratische Kultur. Leider hat die PAN-Regierung die Chance, die sich durch diesen Wechsel ergab, nicht konsequent genutzt. Die PAN erwies sich zudem an der Macht als nicht weniger korrupt als die PRI, allerdings als weniger effizient. Sie konnte die Gewalteskalation im Land nicht verhindern und musste zusehen, wie das internationale Image Mexikos immer stärker in Mitleidenschaft gezogen wurde. Inzwischen ist die Situation derart eskaliert, dass die Bevölkerung sogar dazu bereit wäre, für bessere wirtschaftliche Umstände ihre Freiheit zu opfern und ein autoritäres Regime zu akzeptieren. Dies zeigen die Daten des *Latinobarómetro*.¹

¹ <www.latinobarometro.org/docs/Latinobarometro_2004_Artide_The_Economist.pdf>

Der große Zuspruch für den Kandidaten der PRI ist nicht nur ein Beleg dafür, dass es der Partei gelungen ist, ihre Organisationsstrukturen wieder zu verbessern und ihre Kräfte um einen Kandidaten herum zu bündeln. Darin zeigt sich auch die Sehnsucht großer Teile der mexikanischen Bevölkerung, zu den „alten Zeiten“ zurückzukehren, als der Drogenhandel „unter Kontrolle“ war und nicht derart viel Gewalt verursachte. Die PRI versucht sich als einzige Partei darzustellen, die dazu in der Lage ist, die „Ordnung“ wiederherzustellen. Die Vorstellung, dass die PRI mit einem der Drogenkartelle einen Pakt schließen könnte, um die anderen Kartelle zu bekämpfen und Ordnung zu schaffen, schreckt viele Wähler nicht ab, sondern gilt manchen gar als erwünscht.

Ein weiterer Faktor, der der PRI in die Hände spielt, ist die Diskreditierung des Bundeswahlinstituts (*Instituto Federal Electoral*, IFE) bei der letzten Wahl. 2006 erwies sich das IFE als unfähig, seine Rolle als „Schiedsrichter“ wahrzu-

nehmen und faire Wahlen zu garantieren. Damit verlor es seine Glaubwürdigkeit als Garant der neuen mexikanischen Demokratie. Es war weder dazu in der Lage, die negativen Kampagnen der Kandidaten zu sanktionieren und auf ein erträgliches Maß zu reduzieren, noch wahrte es im entscheidenden Moment der Stimmauszählung seine Neutralität. Vielmehr wurde Felipe Calderón vor Auszählung aller Stimmen zum neuen Präsidenten ernannt. Die negativen Auswirkungen der umstrittenen Wahlen von 2006 sind bis heute zu spüren.

In den nächsten Wochen erwartet Mexiko zum dritten Mal in seiner Geschichte ein echter Wettbewerb zwischen den Kandidaten konkurrierender politischer Parteien. Es bleibt zu hoffen, dass der Wahlkampf zur weiteren Konsolidierung der jungen Demokratie beiträgt. Die folgende Tabelle zeigt die Ergebnisse einiger Meinungsumfragen zu den drei wichtigsten Kandidaten in den Monaten März und April 2012.

Der große Zuspruch für den Kandidaten der PRI ist nicht nur ein Beleg dafür, dass es der Partei gelungen ist, ihre Organisationsstrukturen wieder zu verbessern und ihre Kräfte um einen Kandidaten herum zu bündeln.

Tabelle 1. Meinungsumfragen im März und April 2012

Umfrageinstitut	Veröffentlichung	Datum	Vásquez Mota	Peña Nieto	López Obrador
Grupo Radio Fórmula S.C.	Grupo Fórmula	22.3.12	25.4%,	34.1%,	16.9%,
BGC S. C.	Zeitung „Excélsior“	26.3.12	29%	47%	23%
Buendía & Laredo, S.C.	Zeitung „El Universal“	27.3.12	28.1%	50.5%	20.1%
Ipsos Bimsa, S.A. de C.V.	www.ipsos-bimsa.com.mx	29.3.12	30%	47%	23%
GEA-ISA	Milenio Noticias	12.4.12	24.6%	51.8%	22.5%
Parametría S.A de C.V	Zeitung „El Sol de México“	14.4.12	25%	51%	23%
María de las Heras / Demotecnia	Uno TV	16.4.12	30.6%	38.9%	29.2%
Consulta Mitofsky	www.consulta.mx	20.4.12	23 %	40%	17%

Die Mittel, über die die Kandidaten verfügen, um ihren Wahlkampf zu finanzieren, sind sehr unterschiedlich. Ein Teil der Wahlkampfkosten wird durch das IFE finanziert. Die meisten Gelder erhält die PRI. Auch ist es kein Geheimnis, dass die Gouverneure die Kandidaten ihrer Partei mit Geldern der Bundesstaaten unterstützen. In dieser Hinsicht ist Peña Nieto ebenfalls im Vorteil, da die PRI gegenwärtig in 20 der 32 Bundesstaaten regiert. Josefina Vázquez Mota kann mit der Unterstützung von Präsident Calderón und seinem ganzen Team sowie von sechs Gouverneuren der PAN rechnen. Andrés Manuel López Obrador erhält am wenigsten Geld vom IFE. Er kann auf die Unterstützung von drei Gouverneuren sowie des Bürgermeisters von Mexiko-Stadt zählen.

Die Optionen

Am 30. März 2012 war es so weit. Die Wahlkampfphase hat begonnen. Nach Wochen des Wartens durften die Kandidaten ihre Kampagne offiziell beginnen. Von den vier Kandidaten, die sich registriert haben, besitzen nur drei Aussicht auf Erfolg. Der vierte Kandidat, Manuel Quadri de la Torre von der Partei Neue Allianz (*Nueva Alianza*, PANAL), ist chancenlos.

Enrique Peña Nieto

Enrique Peña Nieto gab als erster Kandidat seine Kandidatur bekannt. Der 45-jährige Anwalt ist Kandidat des Wahlbündnisses von PRI und Grüner Partei (*Partido Verde Ecologista de México*, PVEM). Anders als bei den letzten Wahlen tritt die PRI diesmal geeint auf. Alle Gouverneure und Spitzenpolitiker der Partei unterstützen die Kandidatur von Peña Nieto.

Aber nicht nur das geschlossene Auftreten seiner Partei verleiht Peña Nieto gute Aussichten auf einen Sieg. Der seit sechs Jahren amtierende Gouverneur des *Estado de México* tritt seit langem

regelmäßig in den Medien von Televisa auf, dem größten Medienunternehmen Mexikos, um den schlechten Ruf seiner Partei zu verbessern. Durch die mediale Instrumentalisierung seines Privatlebens – z.B. seine Ehe mit der bekannten Telenovela-Darstellerin Angélica Rivera – konnte Peña Nieto seine Popularität vergrößern. Er verkörpert das Image des jungen, gut aussehenden Kandidaten, „das junge Gesicht der neuen PRI“, wie seine Anhänger ihn nennen.

Peña Nieto konnte sich dank seiner Medienpräsenz sowie der geschlossenen Unterstützung durch die PRI auf dem ersten Platz in den Umfragen positionieren. Aber damit ist noch nicht alles gewonnen. Obwohl er angesichts eines Vorsprungs von durchschnittlich fast 15 Prozentpunkten gegenüber seiner nächsten Rivalin Josefina Vázquez Mota gute Chancen auf einen Wahlsieg hat, ist daran zu erinnern, dass noch 40% der Wähler unentschieden sind.² Sie gilt es im verbleibenden Wahlkampf zu überzeugen. Und genau dies könnte sich für Peña Nieto als Problem erweisen. Sein gutes mediales Image wird durch die Notwendigkeit bedroht, inhaltliche Debatten führen zu müssen (zwei Fernsehdebatten sind vereinbart, die erste fand am 6. Mai statt). Der Kandidat der PRI hat sich mehrere Male als unerfahrener Politiker erwiesen, der bei spontanen Auftritten nicht frei reden kann. Einer der bekanntesten Fauxpas passierte, als er sein Buch *Mexiko. Die große Hoffnung* auf der Buchmesse von Guadalajara vorstellte. Als die voraussetzende Frage gestellt wurde, welche drei Bücher für sein Leben eine besondere Bedeutung hätten, musste er stottern, dann nannte er verlegen die Bibel

² <<http://www.reforma.com/editoriales/nacional/644/1286120/default.shtm?plazaconsulta=reforma&>>

Aber nicht nur das geschlossene Auftreten seiner Partei verleiht Peña Nieto gute Aussichten auf einen Sieg. Der seit sechs Jahren amtierende Gouverneur des Estado de México tritt seit langem regelmäßig in den Medien von Televisa auf, dem größten Medienunternehmen Mexikos, um den schlechten Ruf seiner Partei zu verbessern.

und verwechselte Autoren und Titel verschiedener sehr bekannter Bücher. Zum Schluss musste er sich Hilfe beim Publikum holen. Die Aufzeichnung dieses Auftritts machte in allen Medien und sozialen Netzwerken die Runde. Seitdem lassen seine Gegner keine Gelegenheit aus, um Witze über seine schlechte Allgemeinbildung zu machen. Wenige Tage später wurde er nach dem Kaufpreis eines Kilos Tortillas, dem Brot der Mexikaner, gefragt. Bedauerlich war nicht nur, dass er auf diese Frage, die in Mexiko eine Standardfrage an Politiker ist, nicht vorbereitet war, sondern dass er seine Unwissenheit mit dem Satz: „Ich bin nicht die Frau des Hauses.“ verteidigte.

Diese Beispiele zeigen, wie fragil das mediale Image Peña Nietos ist. Nach solchen Episoden büßte er stets an Popularität in den Umfragen ein. Medienunternehmen wie Televisa passen gut darauf auf, dass sich solche Fehler in den traditionellen Medien nicht weiter verbreiten, aber das Internet und die sozialen Netze sind eine nicht kontrollierbare Informationsquelle. Zwar hat immer noch ein großer Teil der mexikanischen Bevölkerung keinen Zugang zum Internet,³ aber die Hegemonie des PRI-Kandidaten im Fernsehen wird nicht nur durch die sozialen Netze begrenzt. Auch rechtliche Bestimmungen, die das IFE seit den letzten Wahlen erlassen hat, sowie die Kalküle der Medienunternehmen begrenzen sein mediales Image.

Hinzu kommt der schlechte Ruf der PRI, eine korrupte Partei zu sein. Gegenwärtig laufen verschiedene Gerichtsprozesse gegen ehemalige Gouverneure der PRI wegen Verbindungen mit der organisierten Kriminalität, die auch aus den USA unterstützt werden.

³ <www.vuelodigital.com/2010/11/23/estudio-de-consumo-de-medios-digitales-en-mexico-2010/>

Auch Peña Nietos Privatleben bietet reichlich Stoff für Skandale. Nach der Veröffentlichung verschiedener Fotos und den Aussagen zweier ehemaliger Liebhaberinnen hat er zugegeben, zwei außereheliche Kinder mit zwei verschiedenen Frauen zu haben. Bislang haben solche Enthüllungen seine Zustimmungsraten bei der Bevölkerung allerdings kaum beeinträchtigt.

Josefina Vázquez Mota

Josefina Vázquez Mota, Kandidatin der konservativen PAN, die seit dem Jahr 2000 die Regierung des Landes stellt, ist eine 51 Jahre alte Wirtschaftswissenschaftlerin, die an der privaten katholischen Universidad Iberoamericana studiert hat. Sie ist Mutter von drei Kindern. Im Kabinett von Vicente Fox (2000-2006) war sie Ministerin für Soziale Entwicklung, in der Regierung Calderón bis 2009 Ministerin für Bildung. Derzeit ist sie Fraktionsvorsitzende der PAN im Abgeordnetenhaus.

Vázquez Mota verkörpert die Wünsche vieler Wähler, die sich seit langem eine Frau als Spitzenkandidatin gewünscht haben. Das bringt ihr Stimmen von Frauen und Müttern ein (mehr als die Hälfte der wahlberechtigten Bevölkerung sind Frauen). Zu ihren Vorteilen gehört auch, die internen Vorwahlen der PAN mit einer klaren Mehrheit (53,7%) gewonnen zu haben, obwohl sie nicht die Favoritin von Präsident Calderón war – ein Beleg für ihr gutes Durchsetzungsvermögen.

Zwischenzeitlich lag sie mit Zustimmungsraten von ca. 25% bei den Meinungsumfragen auf dem zweiten Platz. Ihr Wahlkampf wurde zunächst durch organisatorische Fehler beeinträchtigt. Daraufhin wechselte sie Anfang April einen großen Teil des Wahlkampfteams aus und holte sowohl frühere Mitsstreiter aus dem Wahlkampfteam Calderóns als auch hohe Mitglieder der PAN in ihre Mannschaft. Es bleibt abzuwarten, ob

Vázquez Mota verkörpert die Wünsche vieler Wähler, die sich seit langem eine Frau als Spitzenkandidatin gewünscht haben. Das bringt ihr Stimmen von Frauen und Müttern ein (mehr als die Hälfte der wahlberechtigten Bevölkerung sind Frauen).

López Obrador ist eine polemische Persönlichkeit, die sich zwischen den Eigenarten eines sozialistischen Kämpfers und eines lateinamerikanischen Caudillos bewegt. Seine Vorliebe für das ländliche Mexiko ist bekannt.

durch dieses neue Team, das sehr unterschiedliche Persönlichkeiten vereint, die Spaltungen beseitigt werden können, ohne dabei zu viel Zeit zu verlieren.

Zwei Faktoren stehen dem Aufstieg von Vázquez Mota im Wege. Zum einen pflegen ihre Berater ihr Image seit Beginn ihrer Wahlkampagne so sehr, dass viele ihrer Anhänger die Spontaneität und Eloquenz vermissen, die sie bei öffentlichen Auftritten früher charakterisierten. Zum anderen konzentriert sich ihre Kandidatur zwar sehr auf den Fakt, dass sie eine Frau ist – unter anderem zielt das Logo „die Chefin“ ihren Wahlkampfbus und andere Werbematerialien – aber zum Thema Gender und wie sie es im Falle eines Wahlsieges angehen würde, gibt es keine klaren Äußerungen von ihr.

Ein großer Nachteil von Vázquez Mota besteht auch darin, dass sie als Erbin von Calderón angesehen wird und daher auch die Verantwortung für die gewaltsame Eskalation des „Kriegs gegen die Drogenkriminalität“ erbt. Ihre größte Herausforderung besteht daher darin, sich die Stimmen der PAN-Wähler zu sichern und sich gleichzeitig von 12 Jahren PAN-Regierung zu distanzieren. Vielleicht erklärt dies das kurze Motto ihrer Kampagne: „Anders“. Dieses „anders“ könnte vieles bedeuten, eben auch „anders als die zwei vorangegangenen PAN-Regierungen“. Wenn es Vázquez Mota gelingt, sich öffentlich von der PAN abzuwenden, ohne dabei auf die Ressourcen der Partei zu verzichten, werden sich ihre Wahlaussichten verbessern. Sollte ihr das nicht gelingen, ist für sie die Gefahr groß, auf den dritten Platz zurückzufallen.

Manuel López Obrador

Der 53-jährige Andrés Manuel López Obrador hat Politikwissenschaft an der größten staatlichen Universität Mexikos, der *Universidad Nacional Autónoma de*

México (UNAM) studiert. Er tritt als Kandidat des *Movimiento Progresista* (Bewegung für den Fortschritt) an. Dabei handelt es sich um ein Wahlbündnis der linken Parteien PRD (*Partido de la Revolución Democrática*, Partei der Demokratischen Revolution), PT (*Partido del Trabajo*, Arbeiterpartei) und *Movimiento Ciudadano* (Bürgerbewegung). Von 2000 bis 2005 war er Bürgermeister von Mexiko-Stadt. López Obrador ist eine polemische Persönlichkeit, die sich zwischen den Eigenarten eines sozialistischen Kämpfers und eines lateinamerikanischen Caudillos bewegt. Seine Vorliebe für das ländliche Mexiko ist bekannt. Seit Lazáro Cárdenas ist er der erste Kandidat, der bereits mehrfach alle der fast 2500 Gemeinden des Landes besucht hat.

López Obrador trat im Jahr 2006 erstmals bei den Präsidentschaftswahlen an. Damals begann er seine Kampagne mit einem klaren Vorsprung gegenüber dem Kandidaten der PAN, Felipe Calderón, verlor am Ende jedoch knapp. Sein Wahlkampf zeichnete sich 2006 durch einen leidenschaftlichen Diskurs über die Ungleichheiten in Mexiko und die tiefe soziale Spaltung des Landes aus. Er wollte mit den wichtigen Unternehmern des Landes keine Kompromisse eingehen, um Verbindlichkeiten zu vermeiden, die ihm später die Durchführung von wichtigen Reformen hätten erschweren können. Aufgrund dieser Einstellung bekam die wirtschaftliche Elite des Landes Angst, López Obrador könne sich als ein zweiter Hugo Chávez entpuppen und nach einem möglichen Wahlsieg die Banken, Medienunternehmen und andere große Betriebe verstaatlichen. Die Medien initiierten eine Negativkampagne gegen ihn. Auch der damalige Präsident Vicente Fox mischte sich in den Wahlkampf ein und warnte vor einem Sieg des linken Kandidaten. Eine Kombination aus den

genannten Elementen sowie dem markanten Egozentrismus und übertriebenen Selbstvertrauen López Obradors kosteten diesen schließlich den Sieg.

López Obrador akzeptierte seine Niederlage nicht und verlangte eine Neuzählung der Stimmen. Als die Medien und selbst seine eigenen Anhänger ihm keine Aufmerksamkeit mehr schenken, erklärte er eine parallele „legitime Regierung“ und machte so weiter Politik. Im Vergleich zur letzten Wahl wirkt er im Wahlkampf 2012 müde. Er ruft nicht mehr jene Leidenschaften in der Bevölkerung hervor, die seinen damaligen Wahlkampf auszeichneten.

Seine gegenwärtige Kampagne ist weniger polemisch als die von 2006. López Obrador versucht, sich mit seinem Diskurs der „Republik der Liebe“ gemäßigter zu präsentieren. Er sucht die Versöhnung mit jenen Sektoren, die er im letzten Wahlkampf unterschätzt hatte: den Unternehmern, den Zapatisten, alten Mitgliedern der Partei sowie der Mittel- und Oberschichten. Seine Versuche, sich gemäßigter zu geben, kommen allerdings nicht bei allen Anhängern gut an. Das Image eines normalen Politikers passt nicht so recht zu ihm. Längst zeichnet er sich auch nicht mehr durch jenes Charisma aus, dass ihm 2006 so viel Zuspruch brachte. Das reflektiert sich auch in den Ergebnissen der Umfragen.

López Obrador hat es geschafft, die sonst immer gespaltene Linke hinter seiner Kandidatur zu versammeln. Seine Partei verfügt über keinerlei Regierungserfahrung auf nationaler Ebene. Er selbst kann jedoch die Erfahrung als Bürgermeister von Mexiko-Stadt vorweisen, wo er sehr gute Popularitätswerte erreichte.

Die Linke und ihr Kandidat López Obrador leiden immer noch an der mangelhaften Institutionalisierung ihrer Parteien. Ihre Wahlergebnisse hängen

stark von der Popularität eines einzelnen Kandidaten ab. Im Jahr 1988 gelangte Cuahutémoc Cárdenas Solórzano, Sohn des früheren mexikanischen Präsidenten Lázaro Cárdenas, mit der PRD fast an die Macht. Im Jahr 2006 erlebte López Obrador eine sehr ähnliche Geschichte. Ohne solche Persönlichkeiten hatte die Partei bei anderen Wahlen nur wenig anzubieten und ihre Wahlergebnisse sanken beträchtlich. Laut aktueller Umfragen haben sich ca. 18% der Mexikaner bereits für López Obrador entschieden. Das ist ein guter Wert. Er reicht aber nicht aus, um dem Kandidaten eine reelle Chance auf den Wahlsieg zu geben. Das größte Verlangen der mexikanischen Bevölkerung besteht nach „Sicherheit“ und „Normalität“. Der Kandidat des linken Bündnisses scheint dafür mit seinem Diskurs über Liebe und Werte zu träumerisch.

Die Wahlprogramme

Die Programme und Aussagen der drei wichtigsten Kandidaten ähneln sich sehr, obwohl sie jeweils mehrere hundert Seiten lang sind.⁴ Die Versprechen gehen selten über politisch korrekte Aussagen hinaus und es fehlt an Erklärungen, wie die Projekte konkret umgesetzt werden sollen. Die gegenwärtigen nationalen und internationalen Rahmenbedingungen werden die Politik des zukünftigen Präsidenten stark beeinflussen. Die Kandidaten versuchen jedoch, eine konkrete Positionierung im Hinblick auf die wichtigsten politischen Themen zu vermeiden.

Wichtige Themen wie die Militarisierung des Kampfes gegen die organisierte Kriminalität, die Privatisierung des staatlichen Mineralölkonzerns Petróleos Mexicanos (PEMEX), strukturelle Reformen, die mehr Steuereinnahmen ermöglichen, sowie die Beziehungen mit den USA werden nur oberflächlich

Das größte Verlangen der mexikanischen Bevölkerung besteht nach „Sicherheit“ und „Normalität“. Der Kandidat des linken Bündnisses scheint dafür mit seinem Diskurs über Liebe und Werte zu träumerisch.

⁴ <www.ife.org.mx/portal/site/ifev2/Plataformas_electorales/>

Trotz der getätigten Investition gibt es nach wie vor viele Defizite. Polizei und Staatsanwaltschaft mangelt es an Professionalität. Die Korruption ist ein in allen Polizeibehörden verbreitetes Problem, das die Vertrauensbildung sehr schwer macht.

angesprochen. Die drei Kandidaten präsentieren in ihren Wahlprogrammen vage Versprechen im Hinblick auf Maßnahmen, die sie ergreifen wollen, um das Land aus der Korruption und Unsicherheit zu befreien und mehr Wirtschaftswachstum zu ermöglichen. In einem Meer von Plattitüden fehlt es an Klarheit und Schärfe und einer konkreten Antwort auf die entscheidenden Fragen: Sind sie bereit, die vollständige oder teilweise Privatisierung der zwei großen Staatsmonopole (Öl und Elektrizität) zu veranlassen bzw. zu erlauben? Wird die militärische Strategie gegen die organisierte Kriminalität weiter geführt? Werden die großen Monopole (Televisa, Telmex) weiterhin von einer niedrigen Besteuerung profitieren? Klare Antworten auf solche Fragen geben die Kandidaten nicht, weil das bedeuten würde, manche Sektoren als Wähler zu verlieren bzw. frühzeitig Widerstand herauszufordern.

Im Folgenden werden einige konkrete Wahlversprechen zu den sensibelsten Themen kurz vorgestellt.

Die Wahl im Schatten der Drogenkriminalität. Das Thema Sicherheitspolitik

Sicherheit ist eine der dringendsten Forderungen der mexikanischen Gesellschaft. Als solche steht dieses Thema an der Spitze der verschiedenen Wahlaussagen. Während der letzten Jahre ist die Gewalt im Land exponentiell gewachsen. Vor fünf Jahren argumentierte die Regierung, dass ein großer Teil der Sicherheitsprobleme sich entlang der Grenze zu den USA konzentrierte. Aber im Laufe der letzten Jahre hat sich die Unsicherheit auf weitere Teile des Landes ausgebreitet. Staaten wie Veracruz, Durango, Michoacán, die Touristenstadt Acapulco und das Industriezentrum Monterrey sind sehr gefährlich geworden.

Aufgrund der frontalen Bekämpfung der Drogenkartelle und der daraus resultierenden Spannungen ist die Anzahl von Gewaltverbrechen wie Morden, Entführungen und Menschenhandel stark gestiegen. Das Sicherheitsbudget wird in diesen Tagen im mexikanischen Abgeordnetenhaus verabschiedet. Es stellt sich die Frage, ob der zukünftige Präsident jenseits der Erhöhung des Sicherheitsbudgets einen Wechsel der Sicherheitsstrategie verfolgen wird.

Unter dem Motto „mehr Regierungsausgaben für die Polizei bedeuten mehr Sicherheit“ sind die Ressourcen, die für Sicherheit ausgegeben werden, seit 2007 exponentiell gewachsen: von 5 Mrd. auf 117,5 Mrd. mexikanische Pesos.⁵ Tatsächlich hat es graduelle Verbesserungen gegeben, was die Ausstattung und Löhne der verschiedenen Polizeibehörden angeht. Die Lage der Polizei war allerdings zuvor derart schlecht, dass die Regierung bevorzugt auf das Militär setzte, um die organisierte Kriminalität zu bekämpfen. Genau dies ist jedoch auch ein Grund für einen großen Teil der Menschenrechtsverletzungen in Mexiko.

Trotz der getätigten Investition gibt es nach wie vor viele Defizite.⁶ Polizei und Staatsanwaltschaft mangelt es an Professionalität. Die Korruption ist ein in allen Polizeibehörden verbreitetes Problem, das die Vertrauensbildung sehr schwer macht. Die unter großem medialem Aufwand bekannt gegebenen Verhaftungen verschiedener Anführer der organisierten Kriminalität sowie die Beschlagnahmungen von Drogen und Waffen, Grundsteine der Sicherheitspolitik der mexikanischen Regierung, haben das Problem der Gewalt bislang

⁵ Zur Budgetentwicklung siehe <http://www.diputados.gob.mx/LeyesBiblio/ref/pef_2012.htm>

⁶ Zum Folgenden siehe <http://www.mexicoevalua.org/descargables/5e1a0a_sistema_de_indices-e-indicadores_en_seguridad_publica_completo_impresion_nov19.pdf>

nicht gelöst. Im Gegenteil: In manchen Gebieten des Landes, beispielsweise im nördlichen Grenzraum, ist der Umfang der Gewalt heute noch größer als früher. Trotz der Budgeterhöhungen sind Polizei und Justiz völlig überfordert mit der eskalierenden Situation.

Der Justizapparat erweist sich in seinem gegenwärtigen Zustand eher als ein Teil des Problems denn als Beitrag zu dessen Lösung. Seine Strafverfolgungs- und Ermittlungskapazitäten sind sehr begrenzt und ineffizient. Aufgrund dessen herrscht im Land eine große Straflosigkeit. Nur 2% der angezeigten Delikte werden sanktioniert. Trotz dieser niedrigen Aufklärungsquote sind die Gefängnisse voll und befinden sich aufgrund der Ineffizienz des Justizsystems in einem prekären Zustand. Wiederholt hat sich gezeigt, dass Banden von Strafgefangenen die Macht in vielen Strafanstalten ausüben und diese kontrollieren. Viele inhaftierte Capos der Drogenkartelle führen ihre „Geschäfte“ in der Haftanstalt ungestört weiter. Nicht umsonst versuchen die Drogen-

händler, ihre Strafen in einem mexikanischen Gefängnis zu verbüßen und auf keinen Fall an die USA ausgeliefert zu werden.

Für die meisten Mexikaner steht seit langem fest, dass die Regierung den Kampf gegen die Drogenkriminalität auf dem eingeschlagenen Weg nicht gewinnen kann. Sie fordern ein Ende der Gewalt. Trotzdem unterstützt die Regierung eine militärische Strategie zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

Für die Kandidaten ist die Sicherheitspolitik ein sehr heikles Thema. In ihren Wahlversprechen schlagen Vázquez Mota und Peña Nieto vor, mehr Geld in den Sicherheitsapparat zu investieren, um eine Senkung der Gewalt zu erreichen. López Obrador ist der einzige, dessen Programm eine soziale Komponente zur Bekämpfung der Kriminalität enthält und der versprochen hat, das Militär von den Straßen zurückzuziehen. Er äußert sich allerdings nicht konkret dazu, wie das gelingen soll.

Der Justizapparat erweist sich in seinem gegenwärtigen Zustand eher als ein Teil des Problems denn als Beitrag zu dessen Lösung. Seine Strafverfolgungs- und Ermittlungskapazitäten sind sehr begrenzt und ineffizient. Aufgrund dessen herrscht im Land eine große Straflosigkeit.

Tabelle 2. Grundlegende Wahlversprechen zur Sicherheitspolitik

Enrique Peña Nieto PRI-PVEM	Josefina Vázquez Mota PAN	Andrés M. López Obrador PRD-PT-MC
<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung des Sicherheitsbudgets auf 5% des BIP • Schaffung von 32 neuen Polizeibehörden • Einrichtung regionaler Akademien für die polizeiliche Weiterbildung • Bessere Entlohnung der Polizei 	<ul style="list-style-type: none"> • Schaffung einer neuen Behörde für innere Sicherheit • Mehr Hochsicherheitsgefängnisse • Wiederherstellung der Kontrolle über die Gefängnisse • Lebenslängliches Zuchthaus für Politiker mit Verbindungen zum Drogenhandel 	<ul style="list-style-type: none"> • Bessere Koordinierung zwischen Polizeibehörden und Marine • Sozialprogramme, um Menschen von der Kriminalität abzuwenden • Neuausrichtung der Sicherheitsstrategie. • Rückzug des Militärs von der Straße innerhalb von 6 Monaten

Privatisierung und Steuerreform. Aussagen zur Wirtschaftspolitik

Neben dem Bedürfnis nach mehr Sicherheit ist das Wirtschaftswachstum ein wichtiges Thema für die Mexikaner. Das Land erholt sich noch von der globalen Finanzkrise. Nach einem Wachstum von 3,9% im Jahr 2011 hat der Inter-

nationale Währungsfonds (IWF) für dieses Jahr ein Wachstum von 3,5% prognostiziert. Keine schlechte Perspektive, wenn man berücksichtigt, dass aus den USA und Europa kaum Wachstumsimpulse zu erwarten sind. Trotzdem reicht dies nicht aus, um die Armut systematisch zu bekämpfen. Das Land

In ihren Wahlprogrammen sind sich die Kandidaten darin einig, das Wirtschaftswachstum pro Jahr um mindestens 5% anheben zu wollen. Ihre Vorschläge unterscheiden sich aber in wichtigen Themen wie der Privatisierung von PEMEX und der Ausgestaltung einer möglichen Steuerreform.

braucht eine Steuerreform, die die starke Abhängigkeit von den Erdöleinkünften verringert.

Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden sich auch in den kommenden Jahren für Mexiko nicht grundlegend verbessern. Der US-amerikanische Wachstumsmotor, von dem die mexikanische Wirtschaft stark abhängig ist, ist ins Stottern geraten. Gleichwohl ist der Gouverneur der mexikanischen Zentralbank, Agustín Carstens, davon überzeugt, dass Mexiko ein jährliches Wachstum von 6% erreichen könnte, wenn die notwendigen strukturellen Reformen durchgeführt würden. Dazu würden in erster Linie Maßnahmen gehören, durch die private Investitionen im Energiesektor, vor allem in den Bereichen Öl und Gas, angeregt werden.

In ihren Wahlprogrammen sind sich die Kandidaten darin einig, das Wirtschaftswachstum pro Jahr um mindestens 5% anheben zu wollen. Ihre Vorschläge unterscheiden sich aber in wichtigen Themen wie der Privatisierung von PEMEX und der Ausgestaltung einer möglichen Steuerreform. Die PRI schlägt zudem eine stärkere Förderung des Tourismus und den Umbau des Industriesektors mit Hilfe von Steuernehreinnahmen vor. Sie verspricht,

den Außenhandel zu steigern und durch private Investition die Entwicklung strategischer Bereiche (v.a. Energie, Erdöl, Erdgas) zu fördern. Darüber hinaus schlägt sie vor, die Investitionen in Infrastruktur, Arbeitsplätze und Produktionsgüter zu verdoppeln.

Das Bündnis PRD-PT-MC schlägt vor, die Steuerprivilegien der großen Unternehmen abzuschaffen. Arbeitnehmer mit niedrigen Gehältern sollen ihre Steuern zukünftig auf der Grundlage eines Systems bezahlen, das auf dem Ehrenwort der Steuerzahler aufbaut. Zudem stellt die Linke ein „republikanisches Sparprogramm“ (*Plan de Austeridad Republicana*) in Aussicht, das u.a. vorsieht, das Gehalt des Präsidenten und höherer Beamter zu kürzen. Die Wirtschaft soll durch ein Abkommen mit den Unternehmern niedrige Energiepreise und die Gewährung von zinsgünstigen Krediten aktiviert werden.

Die PAN spricht in puncto Wirtschaft von einer dreifachen Herausforderung: Wachstum, Einkommensverteilung und Armutsbekämpfung. Sie schlägt unter anderem vor, den Fiskalföderalismus auszubauen, die Industrialisierung des Landes zu verstärken und den informellen Handel zu reduzieren.

Tabelle 3. Wahlaussagen zur Wirtschaftspolitik

Enrique Peña Nieto PRI-PVEM	Josefina Vázquez Mota PAN	Andrés M. López Obrador PRD-PT-MC
<ul style="list-style-type: none"> • Steuerreform, Erhöhung der Anzahl der Steuerpflichtigen, Vereinfachung des Steuersystems (identisches System für Einkommens- und Gewerbesteuer) • Mehr Autonomie für die Regulierungsbehörde im Energiebereich • Reform des Energiesektors, die privates Kapital für PEMEX erlaubt, aber den Status als Staatsunternehmen nicht in Frage stellt • Steigerung und Verbesserung des Raffinierens des eigenen Öls; effizientere Förderung von Erdgas 	<ul style="list-style-type: none"> • Reform der Arbeitslosenversicherung • Exploration von unkonventionellen Gasreserven (<i>shale gas</i>) • Erhaltung der Autonomie der Nationalbank (<i>Banco de México</i>) • Förderung einer frauengerechten Arbeitsmarktpolitik; Arbeitsplätze mit flexiblen Arbeitszeiten • Förderung der Investition von ausländischem Kapital in Schlüsselsektoren 	<ul style="list-style-type: none"> • Bekämpfung von Monopolen und ungerechtfertigte Preiserhöhungen von Gütern und Dienstleistungen • stärkeres staatliches Engagement zur Wiederbelebung von PEMEX • Aufbau von drei neuen Erdölraffinerien in drei Jahren • Halbierung der Gehälter des Präsidenten und hochrangiger Beamter • Steuerentlastung der einfachen Bürger auf Kosten der Unternehmen • Bessere Bezahlung der Arbeiter bei ausländischen Bergbauunternehmen

Der Fall PEMEX

Die Privatisierung von PEMEX verdient besondere Aufmerksamkeit, weil dieses staatliche Unternehmen für 40% der Steuereinnahmen des Staates verantwortlich ist. Insofern hängt die Umsetzung vieler Wahlversprechen von der Performance von PEMEX ab. Unabhängig davon, welcher der drei Kandidaten die Präsidentschaftswahl gewinnen wird, gibt es einige Fakten, die sich nicht ändern werden und welche die künftige Politik bestimmen werden. Die Abhängigkeit der Regierungsausgaben von PEMEX ist ein solcher Faktor.

Seit Jahrzehnten befindet sich PEMEX in einer schwierigen finanziellen Situation. Als einziges Erdölunternehmen der Welt fährt es Verluste ein. Die Gründe dafür sind komplex, sie hängen unter anderem mit gierigen Politikern, einer korrupten Gewerkschaft und verfehlten Geschäftsstrategien zusammen. Lange Zeit haben die mexikanischen Regierungen von PEMEX profitiert, ohne angemessen in das Unternehmen zu investieren.

Die hohen Pensionen der Mitarbeiter sind eine Bedrohung für das Unternehmen. Trotz Rekordpreisen am internationalen Ölmarkt fährt PEMEX Jahr für Jahr riesige Verluste ein. Dies hängt in erster Linie damit zusammen, dass die Hälfte der Gewinne aus dem Ölverkauf in den Finanzhaushalt der Regierung fließt und ein großer Teil der übrigen Einnahmen in den Händen der Gewerkschaft landet. So verzeichnete PEMEX zwar im Jahr 2011 einen Rekordumsatz in Höhe von 1558 Mrd. Mexikanischen Pesos, unter dem Strich stand jedoch ein Verlust von 91,5 Mrd. Pesos. Mehr als die Hälfte des Umsatzes floss als Abgaben in den Staatshaushalt. Ein Bankrott von PEMEX konnte bislang nur aufgrund des weltweiten

Anstiegs des Erdölpreises und der großen Reserven vermieden werden.

Seit vielen Jahren wird über eine teilweise Privatisierung des Unternehmens diskutiert. Aus historischen Gründen fällt es den Mexikanern jedoch sehr schwer, sich mit diesem Gedanken anzufreunden. Im Jahr 1938 setzte der damalige Präsident Lázaro Cárdenas del Río die Verstaatlichung der Erdölproduktion durch, die zuvor unter der Kontrolle ausländischer Unternehmen erfolgt war. Diese Entscheidung ist Teil des Gründungsmythos des mexikanischen Nationalstaats und damit bis heute ein wichtiger Bestandteil der nationalen Identität. Insofern handelt es sich für alle Kandidaten um ein schwieriges Thema, auch wenn unter verschiedenen legalen Masken schon heute privates Kapital einen Teil des Unternehmens ausmacht. Enrique Peña Nieto und Josefina Vázquez Mota verteidigen die Beteiligung des privaten bzw. ausländischen Kapitals an dem Unternehmen. Peña Nieto stellt sich dabei ein ähnliches Szenario wie die teilweise Privatisierung des Mineralölkonzerns Petrobras in Brasilien vor, dessen Aktien inzwischen zum Teil in Privatbesitz sind. Josefina Vazquez Mota ist dagegen der Ansicht, dass die Privatisierung eines kleinen Anteils des Unternehmens durch die Bürger geschehen soll. Dagegen lehnt Andrés Manuel López Obrador die Beteiligung von privatem Kapital ab. Er schlägt vor, den Energiesektor durch staatliche Initiativen wiederzubeleben und ihn als "Hebel für Entwicklung" zu benutzen. López Obrador verspricht, die Korruption und unlautere Praktiken bei PEMEX zu beseitigen. Wie er das schaffen will, bleibt aber ein Rätsel.

Seit vielen Jahren wird über eine teilweise Privatisierung des Unternehmens diskutiert. Aus historischen Gründen fällt es den Mexikanern jedoch sehr schwer, sich mit diesem Gedanken anzufreunden.

Egal welcher Präsidentschaftskandidat gewinnt, die Namen der zukünftigen Parteivorstände im Senat und im Abgeordnetenhaus stehen bereits fest. Der einzige Wechsel besteht darin, dass manche früheren Senatoren jetzt Abgeordnete werden und umgekehrt.

Die Rolle des Parlaments

Bislang konzentriert sich die Aufmerksamkeit auf die drei Präsidentschaftskandidaten. Dabei wird oft die Tatsache übersehen, dass auch das Abgeordnetenhaus neu gewählt wird. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass die Präsidenten in früheren Jahren fast alle grundlegenden Entscheidungen mehr oder weniger allein trafen. Bis 1997, als zum ersten Mal eine unabhängige Institution die Wahl organisierte, kontrollierte die PRI nicht nur die Exekutive, sondern sie verfügte auch über eine absolute Mehrheit in der Legislative. Die Parteidisziplin war sehr stark. Daher wurde jede präsidentielle Entscheidung durch die Legislative bestätigt. Bis zur Amtszeit von Carlos Salinas de Gortari (1988-1994) stammten mehr als 90% der Gesetzesinitiativen von der Exekutive und 100% davon wurden verabschiedet (Nava Polina/Weldon/López 2000).

Diese absolute Dominanz des Präsidenten gehört inzwischen der Vergangenheit an. Die Macht der Parteien hat sich demgegenüber deutlich erhöht. In der Amtszeit des gegenwärtigen Präsidenten Felipe Calderón stammten 90% der Gesetzesinitiativen von der Legislative. 7 von 32 Gesetzesinitiativen der Exekutive wurden abgelehnt (Weldon 2006). Seit 15 Jahren müssen die Parteien auch in Mexiko tun, was in jeder Demokratie üblich ist: Kompromisse finden. Die fehlende Erfahrung mit diesem Grundelement aller demokratischen politischen Systeme hat mit dazu beigetragen, dass für das Land wichtige Entscheidungen oft Monate- oder gar jahrelang hinausgezögert wurden.

Heute konzentriert sich die Macht nicht mehr allein beim Präsidenten. Auch die beiden Häuser des Parlaments spielen eine wichtige Rolle. Jeder Kandidat kann mit den besten Absichten und Versprechen Präsident werden, aber er

ist auf die Zusammenarbeit mit Abgeordnetenhaus und Senat angewiesen, wo die Parteiinteressen dominieren.

Wenn man dies berücksichtigt, ist festzustellen, dass ein „echter“ Machtwechsel nach wie vor auf sich warten lässt. Die wichtigste Wahl im Land hat ohne große Aufmerksamkeit und demokratische Prinzipien bereits stattgefunden. Die Eliten der drei großen Parteien PRI, PAN und PRD haben in einem geschlossenen und durch die Parteimitglieder stark kritisierten Prozess diejenigen Kandidaten bestimmt, die durch einen günstigen Platz auf der jeweiligen Parteiliste ihren Platz im Senat oder Abgeordnetenhaus sicher haben. Egal welcher Präsidentschaftskandidat gewinnt, die Namen der zukünftigen Parteivorstände im Senat und im Abgeordnetenhaus stehen bereits fest. Der einzige Wechsel besteht darin, dass manche früheren Senatoren jetzt Abgeordnete werden und umgekehrt.

Unabhängig davon, welcher Präsidentschaftskandidat sich am Ende durchsetzen kann ist vor auszusehen, dass keine der Parteien eine absolute Mehrheit im Abgeordnetenhaus erhalten wird. Laut einer aktuellen Umfrage kann das Bündnis PRI-PVEM mit 34% der Stimmen rechnen, gefolgt von der PAN mit 22% und PRD-PT-MC mit 17%.⁷ Es bleibt abzuwarten, welche Dynamik sich in beiden Parlamentskammern entwickeln wird und welche Bündnisse gebildet werden. Zu wünschen ist, dass die Parteien in der Zukunft mehr als bislang dazu in der Lage sind, Kompromisse zu schließen, die die Durchsetzung wichtiger Reformen ermöglichen.

Der mächtige Nachbar

Unabhängig davon, welcher Kandidat zum Präsidenten gewählt wird, ist kaum mit einer grundlegenden Neuausrichtung der mexikanischen Außen-

⁷ <<http://consulta.mx/web/>> (Zugriff 19.4.12).

politik zu rechnen. Die Realpolitik beschränkt sich in sehr starkem Maße auf die Beziehungen zu den USA. Die Verflechtung der beiden Länder ist inzwischen so stark, dass die Spielräume der mexikanischen Außenpolitik jenseits der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA sehr gering sind.

Mexiko ist auf der Suche nach seiner Rolle im internationalen Kontext. Im Unterschied zu Brasilien, das eine Führungsrolle in Südamerika spielt und daneben immer mehr zum globalen Akteur geworden ist, bemüht sich Mexiko um eine stärkere Integration mit den USA. Das ist nicht überraschend. Mexikos Wirtschaft hängt sehr von der nordamerikanischen ab. Mehr als 90% seines Außenhandels wickelt das Land mit seinem mächtigen Nachbarn ab. Aber wie in jeder Beziehung hängen auch dort, wo die Machtverhältnisse ungleich sind, beide Parteien voneinander ab.

Es sollte nicht vergessen werden, dass das US-amerikanische Los Angeles nach Mexiko Stadt die zweitgrößte Stadt mit mexikanischen Einwohnern ist, auch wenn viele von ihnen sich illegal in den USA aufhalten. Viele Millionen mexikanische Einwanderer leben in den USA, ihre Kinder verfügen oft über die US-Staatsbürgerschaft und das Wachstum dieses Teils der US-Bevölkerung hat stark zugenommen. Die US-amerikanische Wirtschaft kann längst nicht mehr auf diese Immigranten verzichten. Zudem ist Mexiko auch der zweitwichtigste Abnehmer von US-amerikanischen Gütern und einer der wichtigsten Erdöl-Lieferanten der USA.

Keiner der Kandidaten hat sich bislang allzu konkret zu den bilateralen Beziehungen mit den USA und der Frage, welche Akzente in der zukünftigen Politik gegenüber dem großen Nachbarn im Norden gesetzt werden sollen, geäußert. In den USA ist die Situation

ähnlich. Auch dort finden noch in diesem Jahr Präsidentschaftswahlen statt und die Kandidaten gehen nur sehr zögerlich mit dem Thema Mexiko um.

Für die USA besonders wichtig ist die Frage, welcher der mexikanischen Präsidentschaftskandidaten am besten eine Aufrechterhaltung des Status Quo und damit weitere Kooperation garantiert. Am 5. März haben sich die drei Präsidentschaftskandidaten mit US-Vizepräsident Joseph Biden getroffen, um über die Zukunft der bilateralen Beziehungen zu sprechen. Wie nicht anders zu erwarten, zeigten sich alle Kandidaten dazu bereit, mit den USA weiter im Kampf gegen die organisierte Kriminalität zu kooperieren. Allerdings haben sie unterschiedliche Vorstellungen davon, was das bedeuten könnte.

Obwohl kein Kandidat sich dazu explizit geäußert hat, ist zu erwarten, dass Josefina Vázquez Mota die Linie ihrer Partei fortsetzen würde: Fortführung des Plan Mérida und Kooperation mit der CIA und anderen US-amerikanischen Institutionen im Kampf gegen die organisierte Kriminalität. Enrique Peña Nieto könnte von den USA als Gefahr gesehen werden, weil die starke Korruption in der Polizei und anderen staatlichen Behörden als ein Erbe der PRI-Regierungen gilt. Das Vertrauen der USA in die mexikanischen Behörden ist bereits jetzt nicht sehr groß, aber mit einer PRI-Regierung könnte es sich weiter verringern und zu einer zusätzlichen Belastung für die bilateralen Beziehungen werden. Andrés Manuel López Obrador pflegt einen sehr patriotischen Diskurs. Von ihm wäre am ehesten zu erwarten, dass er die mexikanischen Interessen gegenüber den USA offensiver vertreten könnte. López Obrador hat angekündigt, sich im Falle eines Wahlsieges darum zu bemühen, dass die bilateralen Beziehungen nicht mehr derart stark wie in den vergangenen

Keiner der Kandidaten hat sich bislang allzu konkret zu den bilateralen Beziehungen mit den USA und der Frage, welche Akzente in der zukünftigen Politik gegenüber dem großen Nachbarn im Norden gesetzt werden sollen, geäußert.

Jahren auf Sicherheitsaspekte konzentriert bleiben und demgegenüber Entwicklungsfragen eine größere Rolle spielen. Aber auch er hat klar gemacht, dass von ihm keine US-kritische Haltung à la Hugo Chávez zu erwarten ist. Vielmehr seien die beiden Länder aufgrund ihrer engen Verflechtung dazu gezwungen, zu kooperieren und sich um wechselseitiges Verständnis zu bemühen.

Polarisierung und institutionelle Schwäche: Das Erbe der Wahlen 2006

Die Erinnerung an die Wahlen von 2006 spielt auch im diesjährigen Wahlkampf nach wie vor eine Rolle. Mexiko ist ein Land, das an seine Demokratie noch nicht gewöhnt ist. Vor sechs Jahren war dies an der medialen Strategie der Parteien zu spüren, die die damalige kontroverse Wahl begleitete und sich im Anschluss fortsetzte. Die gegenseitigen Anschuldigungen der Kandidaten sorgten nicht nur zwischen den Parteien und ihren Kandidaten für eine sehr aggressive Stimmung, sondern wirkten sich auf die gesamte Gesellschaft aus. In diesen Zeiten, in denen Mexiko eine Welle der Gewalt erlebt, wäre es zu wünschen, dass die Kandidaten ein positives Beispiel geben könnten. Es bleibt zu hoffen, dass bei diesem Wahlkampf weniger die Diffamierung der politischen Gegner als die eigenen programmatischen Aussagen eine Rolle spielen.

Im Gegensatz zu 2006, als das Bundeswahlinstitut nur zusah, wie die Parteien sich gegenseitig den Krieg erklärten, verfügt das IFE inzwischen über mehr gesetzliche Mittel, um solche Kampagnen zu sanktionieren. Nach der traumatischen Erfahrung der letzten Wahl wurde 2007 eine Wahlrechtsreform verabschiedet, auf deren Grundlage die Zeiten und Inhalte der Wahlwerbung der Parteien im Radio und Fernsehen kontrolliert werden. Aber im Ge-

gensatz zur Regulierung der traditionellen Medien hat das IFE die sozialen Medien völlig ungeregelt gelassen. Die Mittel- und Oberschicht der mexikanischen Bevölkerung nutzt sehr intensiv Social-Media Tools wie Twitter, Facebook und YouTube. Damit bietet sich den Kandidaten und ihren Unterstützern ein unreguliertes Feld der Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern. Negativkampagnen sind in den stärker überwachten traditionellen Medien offiziell verboten, aber nicht online.

Medienstrategien der Parteien

Im Vergleich zu den negativen Kampagnen vor der letzten Wahl ist in diesem Jahr zu beobachten, dass sich die Kandidaten an die Regeln des IFE halten. Der mediale Krieg in Fernsehen und Radio scheint sich nicht zu wiederholen. Das ist gut so, denn die Gefahr, die von einer neuen polarisierenden Kampagne ausgehen könnte, wäre angesichts der aktuellen Gewaltsituation im Lande sehr hoch einzuschätzen.

Die Kampagnen der Kandidaten verwandelten sich 2006 in einen "Medienkrieg", der die Wahl stark polarisierte, nachdem die PAN die Botschaft verbreitete, dass López Obrador "eine Gefahr für Mexiko" sei. In Werbespots wurde verkündet, dass Mexiko im Falle seiner Machtübernahme von Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit, einer Abwertung des Pesos und einem Auslandsembargo bedroht wäre. In den ständig zu hörenden und zu sehenden Spots wurde López Obrador mit dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez und mit Fidel Castro verglichen. Hinzu kamen die konstanten öffentlichen Aufforderungen des noch amtierenden Präsidenten Vicente Fox, den Kandidaten seiner Partei, Calderón, zu unterstützen.

Als Antwort auf diese Medienstrategie der PAN begann die PRD 2006 ebenfalls eine negative Kampagne. López Obrador, der bis dahin der erste Präsident

Im Gegensatz zu 2006, als das Bundeswahlinstitut nur zusah, wie die Parteien sich gegenseitig den Krieg erklärten, verfügt das IFE inzwischen über mehr gesetzliche Mittel, um solche Kampagnen zu sanktionieren.

sein wollte, der ohne Hilfe des Fernsehens eine Präsidentschaftswahl gewinnt, schaltete vergleichbare Spots in Radio und Fernsehen, in denen der Kandidat der PAN, Felipe Calderón, als korrupt beschrieben wurde. Das alles geschah, obwohl die politischen Parteien im Vorfeld des Wahlkampfes einen Pakt der Höflichkeit und Neutralität im Wahlprozess unterzeichnet hatten.

Aufgrund der schlechten Erfahrung wurde für die aktuellen Wahlen die offizielle Wahlkampfphase von sechs auf drei Monate verkürzt. In dieser Zeit ist die Durchführung von mindestens zwei Debatten zwischen den Kandidaten gesetzlich vorgeschrieben.

Obwohl der aktuell stattfindende Wahlkampf auch nicht der friedlichste ist, ist bis jetzt im Vergleich zu 2006 ein großer Unterschied zu spüren. Dennoch verzichten die Kandidaten auch dieses Mal nicht ganz darauf, ihre politischen Gegner anzufeinden. Nur López Obrador hat es weitgehend vermieden, seine Kontrahenten persönlich anzugreifen, was auch zu seinem Diskurs von Liebe und Frieden passt. Er scheint seinen 2006 begangenen Fehler dieses Mal nicht wiederholen zu wollen. Die Kandidatin der PAN hat dagegen erklärt, dass die PRI und manche ihrer Gouverneure Kontakte mit dem organisierten Verbrechen hätten. Der Kandidat der PRI, Peña Nieto, verteidigte sich und behauptete, dass die PAN eine verfehlte Sicherheitsstrategie verfolge und Öl in das Feuer gegossen habe. Die schlechte Lage im Land sei genau darauf zurückzuführen. Er kündigte zudem an, Belege für Korruption auf Seiten der PAN zu veröffentlichen.

Die Rolle des IFE

Mit den Wahlreformen des Jahres 1996 erhielt das mexikanische Bundeswahlinstitut zum ersten Mal in der Geschichte Autonomie. Die Regierung war somit nicht mehr bei der Wahl ihrer Nachfol-

gerin direkt involviert. Die Ergebnisse dieses Schritts in Richtung echte Demokratisierung des Landes waren schon im Jahr 2000 zu sehen. Die PRI verlor zum ersten Mal die Präsidentschaftswahl.

Um die Sauberkeit der Wahlen zu gewährleisten, wurde das IFE mit neun *Consejeros* (Ratsmitgliedern) ausgestattet. Sie werden durch die Parteien vorgeschlagen und in ihrem Amt bestätigt. Bei der letzten Wahl wurde die Leistung des IFE stark kritisiert. Als die Schmutzkampagnen der Kandidaten begannen und der damalige Präsident sich in den Wahlkampf einmischte, konnte das IFE nicht angemessen reagieren.

Im Prinzip verhielt sich das IFE während des sechsmonatigen Wahlprozesses korrekt. Aber als sich nach der Wahl herauskristallisierte, dass der Unterschied zwischen dem Gewinner und dem Verlierer der Wahl bei knappen 0,56 Prozentpunkten lag, wäre es die Aufgabe des IFE gewesen, nur die Ergebnisse der Stimmauszählung zu verkünden. Dann kam aber die fatale Äußerung Seitens des Ratspräsidenten Luis Carlos Ugalde, der die Ergebnisse, die eine knappe Mehrheit für Calderón ergaben, mit der Bemerkung verkündete, das goldene Gesetz der Demokratie bestehe darin, dass man auch mit einer Stimme Unterschied eine Wahl gewinnen könne. In einem anderen Kontext wäre dieser Satz harmlos gewesen. Aber im Juli 2006, mit den Anhängern López Obradors auf den wichtigsten Straßen von Mexiko-Stadt, die eine Neuauszählung der Stimmen forderten, wurde das als Beispiel einer Parteinahme des IFE interpretiert. Es wurde angenommen, dass das IFE einen Gewinner verkündet habe, was nicht seine Aufgabe ist. Die Aufgabe des IFE besteht darin, die Wahl zu organisieren, die Stimmen auszuzählen und die Er-

Bei der letzten Wahl wurde die Leistung des IFE stark kritisiert. Als die Schmutzkampagnen der Kandidaten begannen und der damalige Präsident sich in den Wahlkampf einmischte, konnte das IFE nicht angemessen reagieren.

Das mexikanische Wahlsystem ist bis ins letzte Detail dazu konzipiert, die Möglichkeiten eines Betrugs so niedrig wie möglich zu halten. Das hat natürlich mit der Geschichte des Landes zu tun. Jahrzehntlang gehörte der Wahlbetrug zum mexikanischen System.

gebnisse an das Wahlgericht weiterzuleiten. Es ist dann Aufgabe des Wahlgerichts, den Gewinner zu verkünden, was bis dahin stets wenige Tage nach den Wahlen geschah. Aber 2006 dauerte diese Entscheidung 67 unruhige Tage, in denen das Beste gewesen wäre, sich an das Gesetz zu halten und kein weiteres Wort zu verlieren.

Aufgrund des Drucks der linken Parteien wurden die *Consejeros* nach der Wahl vorzeitig ausgewechselt, was ein harter Schlag gegen diese Institution war. Mit dieser Entscheidung stellten sich die politischen Interessen über das Gesetz. Das IFE, das im Jahr 2000 als eine notwendige Institution der mexikanischen Demokratie gefeiert wurde, verlor 2006 an Glaubwürdigkeit. Immerhin gehört das IFE aber inzwischen wieder zu denjenigen Institutionen in Mexiko, die eine mittlere Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung genießen.⁸

Diese Glaubwürdigkeit hat allerdings auch ihre Kosten. Laut einer Studie der UNDP sind die Wahlen in Mexiko nicht nur die teuersten in ganz Lateinamerika, sondern auch teurer als die Wahlen in den USA, einem Land mit dreimal so vielen Einwohnern (UNDP-IFES 2006).

Tabelle 4. Kosten der Wahlen in Lateinamerika

Land / Jahr der Wahl	Kosten pro Stimme (in US-Dollar)
Argentinien, 2003	0.41
Bolivien, 2002	3.33
Brasilien, 2002	0.29
Kolumbien, 2002	1.95
Costa Rica, 2002	8.58
Ecuador, 2002	1.09
Nicaragua, 2001	3.11
Uruguay, 2004	3.72
Mexiko, 2003	17.24

Quelle: IFES (2009).

Um die Wahlen von 2012 zu organisieren, hat das IFE 10,5 Mrd. Mexikanische Pesos, ungefähr 622 Mio. Euro ge-

fordert. Mehr als 70% davon fließen in die Kosten für den Betrieb des Instituts, 30% sind für die politischen Parteien vorgesehen, um deren Kampagnen zu finanzieren. Diese hohen Kosten haben viel mit dem Misstrauen zwischen politischen Parteien und Regierung zu tun. Das mexikanische Wahlsystem ist bis ins letzte Detail dazu konzipiert, die Möglichkeiten eines Betrugs so niedrig wie möglich zu halten. Das hat natürlich mit der Geschichte des Landes zu tun. Jahrzehntlang gehörte der Wahlbetrug zum mexikanischen System. Mit der Gründung des IFE im Jahr 1990 versuchten die politischen Parteien, ihr gegenseitiges Misstrauen zu überwinden. Insofern gehören die hohen Kosten der Wahl zum Geburtsmerkmal der jungen mexikanischen Demokratie.

Schlussbetrachtung

Die Umfragen positionieren Enrique Peña Nieto, Kandidat der PRI, unangefochten an der Spitze, während der Unterschied zwischen der Kandidatin der PAN, Josefina Vázquez Mota und dem Kandidaten der Linken, Andres López Obrador, mit jedem Tag kleiner wird. Die gleichen Umfragen zeigen uns, dass ungefähr 30% der wahlberechtigten Bürger sich noch nicht für einen Kandidaten entschieden haben.

Es stellt sich die Frage, ob López Obrador oder Vázquez Mota den Kandidaten der PRI noch in der Wählergunst erreichen oder sogar überholen können. Dies wäre zwar möglich, aber aufgrund der neuen Wahlgesetze ist es eher unwahrscheinlich. Im Unterschied zu 2006, als die Kampagne sechs Monate dauerte, wird die jetzige nur drei Monate umfassen. Damals brauchte Felipe Calderón mehr als drei Monate, um seinen Rivalen López Obrador zu erreichen. Der Abstand von López Obrador betrug aber nicht 13-15 Prozentpunkte, sondern lediglich 7-9 Punkte. Zudem haben die Parteien nach der Wahlre-

⁸ Parametría. Confianza en las Instituciones. <<http://www.parametria.com.mx/DetalleEstudio.php?E=94>>

form von 2007 eine gewisse Anzahl von Fernseh- und Radiospots zugewiesen bekommen, die nicht überschritten werden darf. Die Parteien können nicht mehr Sendezeit in Fernsehen und Radio frei dazukaufen. Von der Gesamtsumme von 17 Millionen mexikanischen Pesos, die für den Kauf von Werbespots in Fernsehen und Radio vorgesehen ist, erhält die PRI-PVEM 40%, 28% sind für die PAN reserviert und 21% für das Bündnis PRD-PT-MC. Das alles macht es unwahrscheinlich, dass sich die aktuellen Tendenzen grundlegend ändern werden. Die einzige Möglichkeit, den Lauf der Dinge entscheidend zu ändern, wäre ein riesiger Skandal um Peña Nieto, begleitet von einer sehr guten Kampagne eines anderen Kandidaten.

Der Enthusiasmus der Bürger ist weit entfernt von den lebhaften Tagen während der Präsidentschaftswahlen von 2000 und 2006. Für eine große Anzahl von Bürgern sind Wahlen, Kandidaten und Parteien ein notwendiges Übel, das ertragen werden muss. Nach Erhebungen der Zeitung *Reforma* im Januar dieses Jahres gab es 59% unentschlossene Bürger. Dagegen hatten im März 2006 nur 28% Zweifel, im Jahr 2000 sogar nur 20% (*Reforma*, 15.1.2012, 19.3.2006 und 17.1.2000.). Eine der Hauptursachen für die düstere Stimmung und bürgerliche Entmutigung ist die Diskreditierung der politischen Parteien. Ihre Glaubwürdigkeit befindet sich im Keller. Das gleiche gilt für den Kongress, die Politiker und die Polizisten.

Viele Wählerinnen und Wähler sehen sich mit einer schwierigen Entscheidung konfrontiert. Sie glauben nicht an die neue PRI, weil alte Praktiken wie der Korporatismus, die Privilegierung bestimmter Gesellschaftsgruppen, der Kauf von Stimmen und andere Phäno-

me in vielen von der PRI regierten Bundesstaaten auch heute noch Realität sind und weil viele ehemalige PRI-Gouverneure mit der organisierten Kriminalität zusammengearbeitet haben und für eine inakzeptable Verschuldung der entsprechenden Bundesstaaten verantwortlich sind.

Die Wähler sind aber auch von der PAN enttäuscht, weil sie nach der Übernahme der Regierung die Chance verpasst hat, einen grundlegenden Wandel einzuleiten und weil der von Präsidenten Calderón vorangetriebene „Krieg gegen den Drogenhandel“ eine Welle der Gewalt ausgelöst hat. Zudem sind sie enttäuscht, weil die Partei seit der Übernahme der Regierungsgeschäfte versucht, ihre konservativen Werte in der Gesellschaft durchzusetzen. Enttäuschung herrscht schließlich auch darüber, dass sich die PAN als nicht weniger korrupt als die PRI erwiesen hat.

Die Koalition der linken Parteien mit López Obrador an der Spitze ist für viele Mexikaner ebenfalls keine Alternative. Sein Diskurs von Liebe und Frieden, mit dem er eine magische Transformation des Landes erreichen will, scheint mehr fiktiv als faktisch. Viele sind noch enttäuscht von den Straßenblockaden, die er vor sechs Jahren veranlasst hat. Die PRD wendet sich auch gegen die Öffnung für private Investitionen im Energiebereich, wovon sich manche einen Anreiz für Wachstum und Beschäftigung erwarten würden.

Dieses Szenario führt dazu, dass viele unentschiedene Wähler auf der Suche nach dem kleineren Übel sind. Letztendlich ist es für viele nicht so wichtig, wie ehrlich, gut vorbereitet oder zugänglich ein Kandidat ist, sondern wie die Wahl eines bestimmten Kandidaten ihr alltägliches Leben, ihre Familie und ihre Gemeinschaft beeinflussen kann.

Die Wähler sind aber auch von der PAN enttäuscht, weil sie nach der Übernahme der Regierung die Chance verpasst hat, einen grundlegenden Wandel einzuleiten und weil der von Präsidenten Calderón vorangetriebene „Krieg gegen den Drogenhandel“ eine Welle der Gewalt ausgelöst hat. Zudem sind sie enttäuscht, weil die Partei seit der Übernahme der Regierungsgeschäfte versucht, ihre konservativen Werte in der Gesellschaft durchzusetzen.

Bibliographie

- Ackerman, John M. (2009): *Nuevos escenarios del derecho electoral: los retos de la reforma de 2007 – 2008*. México, D.F.: UNAM.
- Ackerman, John M. (2011) (Hrsg.): *Elecciones 2012: en busca de equidad y legalidad*. México, D.F.: UNAM.
- Acosta, Miguel/Parra, Luz Paula (1995): *Los procesos electorales en los medios de comunicación: guía para el análisis de contenido electoral en México*. México, DF: Academia Mexicana de Derechos Humanos.
- Aguayo, Sergio: "La indecisión". In: *Reforma*.
<<http://www.reforma.com/editoriales/nacional/646/1291852/default.shtm?plazaconsulta=reforma&>> (Zugriff 22.2.12).
- Cruz, Francisco/Montiel, Jorge (2009): *Negocios de familia: biografía no autorizada de Enrique Peña Nieto y el Grupo Atlatomulco*. México, D.F.: Editorial Planeta.
- Fernández Menéndez, Jorge (2007): *Calderón Presidente: la lucha por del poder*. México, DF: Grijalbo.
- Franco, Arturo. "La elección que ya fue". In: *Animal Político*
<<http://www.animalpolitico.com/blogueros-arrancones-en-neutral/2012/03/02/la-eleccion-que-ya-fue/>> (Zugriff 19.4.12).
- González Pérez, Marco Antonio (2008): *México polarizado (2000 – 2006): Estudios de psicología política*. México, D.F.: Editorial Itaca.
- González de Alba, Luis (2007): *AMLO: la construcción de un liderazgo fascinante*. México, D.F.: Ed. Cal y Arena.
- IFE (2012): *Presupuesto IFE 2012*. México, D.F. <http://www.ife.org.mx/portal/site/ifev2/Presupuesto_IFE/>
- IFE (2012): *Plataformas Electorales 2012*. México, D.F. <http://www.ife.org.mx/portal/site/ifev2/Plataformas_electorales/>
- IFE (2010): *Libro Blanco del Proceso Electoral 2008-2009*. México, D.F.
http://www.ife.org.mx/portal/site/ifev2/Proceso_Electoral_Federal_2008-2009/
- IFES (2009): *Aplicación de la Reforma Electoral de 2007/2008 en México desde una perspectiva internacional comparada*. Washington, D.C. <http://www.ife.org.mx/docs/IFE-v2/CAI/CAI-publicaciones/docs/Informe_IFES_I.pdf>
- López Obrador, Andrés Manuel (2010): *La mafia que se adueñó de México: ... y el 2012*. México, D.F.: Grijalbo.
- López Obrador, Andrés Manuel (2007): *La mafia nos robó la presidencia*. México, D.F.: Grijalbo; Random House Mondadori.
- Loret de Mola Rafael (2011): *2012, la sucesión: crímenes y alianzas turbias*. México, D.F.: Océano Expres.
- Olivares, Enrique (2011): *El neopresidencialismo mexicano y Enrique Peña Nieto*. México, D.F. : Plaza Valdés Editores.
- Palma, Esperanza (Hrsg.): *Partidos y elecciones intermedias de 2009: problemas para la construcción de mecanismos de representación y participación en México*. México: UAM, Pomúa.
- Mena, Marco Antonio (2001): *¿Cuestan demasiado las elecciones en México? El IFE en perspectiva*. México, D.F.: CIDE.
<http://www.cide.edu/cuadernos_debate/IFE_MAMena.pdf>
- Muñoz Ledo, Porfirio (2008): *La ruptura que viene: crónica de una transición catastrófica*. México, D.F.: Grijalbo.
- Murayama, Ciro (2007): "Consecuencias económicas de la reforma electoral". In: *Nexos*.
<<http://www.nexos.com.mx/?P=leerarticulo2print&Artide=660960>>
- Nava Polina, Ma. Del Carmen/Weldon, Jeffrey/López, Jorge (2000): *Cambio político, presidencialismo y producción legislativa en la Cámara de Diputados. 1988-1998*. <<http://www.diputados.gob.mx/biblioteca/bibdig/camdip/cambio.pdf>>
- Sarmiento, Sergio: "Las elecciones se ganan y se pierden". In: *Reforma*.
<<http://www.reforma.com/editoriales/nacional/644/1286120/default.shtm?plazaconsulta=reforma&>> (Zugriff 31.1.12).
- Sirvent, Carlos (2007): *México 2006 disputa electoral*. México, D.F.: UNAM, Ed. Gemika.
- UNDP-IFES (2006): *Getting to the Core: A Global Survey on the Cost of Registration and Elections*. New York.
<<http://www.ifes.org/publication/4242624b9711806527bcec1133059faf/CorePubcolor.pdf>>
- Weldon, Jeffrey (2006): *Poder Legislativo, tiempos de cambio*.
<http://estepais.com/inicio/historicos/181/6_propuesta6_el%20poder_weldon.pdf>

IBERO-ANALYSEN

bisherige Ausgaben:

- Heft 1:** Vorwärts in die Vergangenheit oder rückwärts in die Zukunft? Wahlen zum Ende des Jahrhunderts in Guatemala (Mario Solórzano, Oktober 1999)
- Heft 2:** Panama und die Übergabe der Kanalzone. Große Herausforderungen für ein kleines Land (Raúl Leis, Dezember 1999)
- Heft 3:** Über den Verlust von Dekaden und den Verlauf von Lernkurven. Wirtschaftlicher Strukturwandel und die Irrungen und Wirrungen der wirtschaftspolitischen Diskussion in Brasilien (Jörg Meyer-Stamer, Mai 2000)
- Heft 4:** Die neue demokratische Ungewissheit in Mexiko. Ein kurzer Bericht vor den Wahlen (Raúl Trejo Delarbre, Juni 2000)
- Heft 5:** Lohnarbeit und Beschäftigungsentwicklung im Lateinamerika der 90er Jahre. Erwartungen, Ergebnisse und Perspektiven (Jürgen Weller, September 2000)
- Heft 6:** Der zentralamerikanische Integrationsprozess. Ende einer Entwicklungsalternative (Alvaro de la Ossa, Dezember 2000)
- Heft 7:** Venezuela unter Chávez: Zwischen demokratischer Revolution und Caudillismo (Friedrich Welsch / José Vicente Carrasquero, Januar 2001)
- Heft 8:** Peru nach Fujimori. Welche Chance hat die Demokratie? (Nicolás Lynch Gamero, Februar 2001)
- Heft 9:** Zehn Jahre MERCOSUR. Eine Zwischenbilanz (Hartmut Sangmeister, März 2001)
- Heft 10:** Aufbruch in Mexiko? Die langen „ersten 100 Tage“ der Regierung Fox (Günther Maihold, Dezember 2001)
- Heft 11:** Frieden, Demokratie und Entwicklung in der „Strategischen Partnerschaft“: Die Europäische Union und Lateinamerika vor dem dritten Gipfeltreffen (José Antonio Sanahuja, Dezember 2003)
- Heft 12:** Spanien und Lateinamerika: Die europäische Dimension der Beziehungen (Hugo Fazio Vengoa, Oktober 2003)
- Heft 13:** Uruguay: Zwischen Niedergang und neuen Wegen (Rodrigo Arocena, November 2003)
- Heft 14:** Der ALCA-Prozess: James Monroe versus Simón Bolívar (Hartmut Sangmeister, November 2003)
- Heft 15:** Die Kommunalwahlen im Oktober 2004 in Brasilien – Gradmesser für die Befindlichkeit der Demokratie (Bruno Wilhelm Speck, März 2005)
- Heft 16:** Ist eine vierte Regierungsperiode der Concertación möglich? Ein Vorbericht zu den Präsidentschaftswahlen in Chile im Dezember 2005 (Miguel Chávez Albarrán / Enrique Fernández Darraz, November 2005)
- Heft 17:** „Su lucha es nuestra lucha. Juntos ganaremos!“ Zentralamerikanische Migranten in den USA und das CAFTA-Abkommen (Constantin Grund, Januar 2006)
- Heft 18:** Haben die alten Eliten ausgedient? Eliten und Macht in Lateinamerika – das Beispiel Chile (Cristóbal Rovira Kaltwasser, Februar 2006)
- Heft 19:** Nach dem Wiener Gipfel. Europas schwierige Suche nach einem besonderen Verhältnis zu Lateinamerika (Günter Maihold, Juni 2006)
- Heft 20:** Die Zukunft der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika (Raúl Bernal-Meza, Juli 2006)
- Heft 21:** Hugo Chávez und der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Ein Zwischenbericht (Nikolaus Werz, Dezember 2007)
- Heft 22:** Die China-Connection: Chinesische Wirtschaftsinteressen in Lateinamerika (Hartmut Sangmeister / Yingyi Zhang, September 2008)
- Heft 23:** Das neue Lateinamerikakonzept der Bundesregierung: Politikinnovation durch Konzeptentwicklung? (Günther Maihold, Oktober 2010)
- Heft 24:** Vor den Wahlen in Mexiko: Rückkehr der PRI an die Macht? (Rocío Bravo Salazar, Mai 2012)